Einzelnummer 80 Pfg. (Sonnabends 1 Mark)

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 12.— Mk., vierteljährlich 36.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. – Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 4,— Mk. von auswärts 5,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 12,— Mk. von auswärts 15,— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. – Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. – Telephon 3290.

Nr. 97 | Mittwoch, den 26. April 1922 | 13. Jahrgang

Schwierige Ententeverhandlungen mit den Russen.

Der nationalistische Eigensinn Frankreichs erschwert nicht nur ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit Deutschland, sondern sabotiert auch die Verhandlungen mit Rußland. Nach den neuesten Meldungen haben die Ententestaatsmänner beschlossen, an Rußland ein Ultimatum zu richten.

Wie die „Voss. Ztg.“ aus Genua berichtet, wurde in Besprechungen zwischen den Hauptdelegierten der Alliierten nach französischer Quelle gestern beschlossen, an die russische Delegation ein Schreiben zu richten, in dem eine sofortige Antwort auf zwei Fragen verlangt wird:

1. Ob Rußland sämtliche Schulden bedingungslos anerkennen wolle.

2. Ob Rußland für die bedingungslose Herausgabe des nationalisierten Eigentums einstehen wolle.

Die Besprechungen der Alliierten befaßten sich weiter mit der Formulierung der Resolution über den zehnjährigen europäischen Frieden. Eine Einigung über den Wortlaut konnte nicht erzielt werden. Die Beratungen darüber sollen fortgesetzt werden.

Auch in den Verhandlungen mit Rußland ist Poincaré der Haupttreiber. Nach einer Londoner Meldung sollen die franz. Delegierten bestimmte Weisungen erhalten haben, auf den von Poincaré gestellten Bedingungen zu bestehen. Sie werden ein 48stündiges Ultimatum für Rußland verlangen oder die Konferenz verlassen.

Der Führer der russischen Abordnung, Tschitscherin, erklärte einem Havasvertreter u. a. folgendes: Sobald das Eigentumsrecht zur Sprache gebracht wird, habe die Debatte für Rußland an Interesse ersten Ranges gewonnen. Die großen Arbeiter- und Bauernmassen Rußlands seien von der Idee durchdrungen, daß der Grund und Boden, auch der große Industriebesitz, nationales Eigentum seien. Er schlage ein System vor, bei dem die ehemaligen russischen Eigentümer ein Verkaufskonzessionsrecht und Verpachtungsrecht oder aber ein Recht auf Beteiligung an gemischten Gesellschaften oder Trusten erhalten sollen.

Für die Beurteilung der Frage, ob die Forderungen der ehemaligen Privateigentümer begründet seien oder nicht, sei allein die Sowjetregierung zuständig. Eine allgemeine Entschädigung aber sei vollkommen ausgeschlossen. Nichts destoweniger halte Rußland nach wie vor daran fest, daß Staatskredite notwendig seien, wenn die Verhandlungen für Rußland ein Ergebnis haben sollen. Andernfalls könne es sich nicht verpflichten, seine Vorkriegsschulden zu bezahlen.

Die Nachwirkungen der Poincaréschen Hetzrede.

Die Londoner Abendblätter veröffentlichen folgende Meldung: Lloyd George sagt in einer aus Genua an England gerichteten Botschaft, die Rede Poincarés sei eine sehr ernste Erklärung, sie sei nicht dazu angetan, die Zusammenarbeit der Alliierten zu bessern. Groß-Britannien sei entschlossen, zu verhindern, daß Europa wieder ein Schlachthaus werde.

Havas verbreitet unterm 25. April folgende Meldung aus Genua: Die Spannung, welche sich gestern in Konferenzkreisen bemerkbar machte, trat heute noch deutlicher zutage. Sie wird besonders in den Kreisen der Entente und der kleinen Entente gewürdigt, wo der allgemeine Eindruck heute abend zum Optimismus neigt. Wenn auch keine offizielle Sitzung der Konferenz heute stattfand, so fand doch eine wichtige Privatbesprechung zwischen Lloyd George und Barthou während des Frühstücks statt, das die französische Abordnung zu Ehren der britischen Bevollmächtigten veranstaltete. Der Vertreter der Havasagentur glaubt zu wissen, daß die Zusammenkunft sehr „herzlich“ war.

Der erste wahrhaftige Friedensvertrag.

Anläßlich des Empfanges der deutschen Pressevertreter erklärte der Reichskanzler Dr. Wirth u. a.: Soweit bis jetzt Zeitungsnachrichten zu uns gedrungen sind, ist an uns in Frankreich die Frage gerichtet worden: Ist der Vertrag von Rapallo vollständig veröffentlicht worden, enthält er Geheimbestimmungen, dient er militärischen oder politischen Beziehungen als Vorlage? Dazu lautet meine Erklärung: Der Vertrag ist vollständig veröffentlicht worden, er enthält keinerlei Geheimbestimmungen politischen oder militärischen Charakters. Er ist der erste wahrhafte Friedensvertrag zwischen zwei Völkern, die miteinander in blutigem Ringen gestanden haben. Worauf es ankommt, ist, mit dem russischen Volk in Frieden zu leben und es der Handelswelt zu ermöglichen, im Osten arbeiten zu können. Wir können es nur begrüßen, wenn die Westmächte in Genua zu einem ähnlichen Vertrage wie dem von Rapallo kommen, der friedliche Wege ebnet.

Die Beratungen des Finanzausschusses.

In der Unterkommission des Finanzausschusses für Kreditfragen beantragte Dr. Hermes, daß an den wichtigen finanziellen Transaktionen auch internationale Finanzsyndikate beteiligt sein sollen. Die deutsche Delegation stelle ausdrücklich nach wie vor fest, daß die Schaffung jeder internationalen Organisation, die sich mit dem Wiederaufbau Europas und insbesondere mit dem Wiederaufbau der wirtschaftlich schwachen Staaten beschäftigt, ihre volle Sympathie habe. Die deutsche Delegation glaube aber, daß bei Transaktionen finanzieller Art von solcher Bedeutung, wie sie die Lösung des gegenwärtigen Problems mit sich bringt, auch auf die Finanzgruppen hingewiesen werden solle, denen die Durchführung dieser großen Transaktionen entweder in Verbindung mit internationalen Korporationen oder unter Umständen auch allein obliegen könnte. Es erscheint nicht gerechtfertigt, diese Gruppen hier zu übersehen im Hinblick auf die außerordentliche Rolle, die sie beim Wiederaufbau Europas zu spielen berufen sein würden. Ueber diese deutschen Anträge, sowie über einen weiteren Antrag auf Abänderung der italienischen Vorschläge soll in der nächsten Sitzung endgültige Entscheidung getroffen werden. Der Vorsitzende erklärte jedoch schon jetzt, daß er seinerseits Bedenken gegen die Anträge der Deutschen nicht hätte. Von italienischer Seite wurde das gleiche zum Abänderungsvorschlag bemerkt, der die italienischen Vorschläge betraf.

Klassenkampf gegen die Sozialdemokratie.

Ueberall rüstet sich das Bürgertum zum Kampf gegen die Sozialdemokratie, um auch die Positionen zu erobern, die die Arbeiterschaft aus der Revolutionszeit noch gerettet hat. In Sachsen will man die sozialistische Regierung stürzen. Dort hat das Parlament beschlossen, daß der 1. Mai und der 9. November als gesetzliche Feiertage zu gelten haben. Die bürgerlichen Parteien haben daraufhin beschlossen, in dieser Frage einen Volksentscheid herbeizuführen und haben ferner die Auflösung des sächsischen Volkstages verlangt. Demgegenüber haben die 3 sozialistischen Parteien eine Erklärung veröffentlicht, in welcher es heißt, daß sie sich von der Rechten den Zeitpunkt der Landtagsauflösung nicht vorschreiben lassen.

Welche Dreistigkeit das Bürgertum bei seinen Angriffen gegen die Sozialdemokratie entwickelt, zeigt ein Vorgang aus Kassel, wo Genosse Scheidemann als Oberbürgermeister amtiert. Dort hatten sämtliche bürgerlichen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung am Montag demonstrativ die Stadtverordnetensitzung verlassen und beschlossen, beim Staatsministerium die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung zu beantragen. Der seltsame Beschluß erfolgte aus folgendem ganz nichtigen Grunde: Die sozialdemokratische Mehrheit will die erledigte Stelle eines besoldeten Stadtrates, die mit der Leitung des Wohlfahrtsamtes verbunden ist, wieder besetzen, die Stelle aber nicht ausschreiben, sondern dem sozialdemokratischen ehrenamtlichen Stadtrat Wittrock übertragen. Dieser leitet das Amt bereits sei Monaten ehrenamtlich zu allseitiger Befriedigung und ist auch im übrigen allgemein als tüchtig bekannt. Nun schreien die Bürgerlichen über Diktatur der roten Kasseler Mehrheit, über Vergewaltigung der bürgerlichen Minderheit, sozialdemokratische Futterkrippenwirtschaft und so fort. Aber das Schreien ist in jeder Hinsicht grundlos. Unsere Kasseler Mehrheit hat nämlich die bürgerlichen Herrschaften so wenig vergewaltigt, daß von den zehn besoldeten Magistratsposten die Sozialdemokratie nur zwei innehat. Erst jetzt, nach dreijährigem Wirken, beansprucht sie einen dritten Posten. Sieben besoldete Stellen überläßt sie immer noch den Bürgerlichen. Daraus und aus dem Umstand, daß die bürgerlichen Parteien gegen die sachliche Rathausarbeit der Kasseler Sozialdemokraten nicht das geringste einwenden können — noch im vorigen Jahre haben selbst die Deutschnationalen den städtischen Etat mit bewilligt — ergibt sich, daß der Auflösungsantrag der Bürgerlichen nur eine politische Kinderei ist. Die preußische Staatsregierung wird diesen Antrag, den bezeichnenderweise auch das Zentrum und die Demokraten unterstützen, dahin befördern müssen, wohin er gehört, nämlich in den Papierkorb.

Randbemerkungen.

Wie wir bereits vor wenigen Tagen berichteten, ist in Polen eine Regierungskrise ausgebrochen. Der polnische Kriegsminister ist zurückgetreten, weil ihm die Besoldung der Offiziere nicht hoch genug ist. Anläßlich dieses Regierungskonfliktes nimmt die Warschauer Presse zu den Heeresfragen im allgemeinen Stellung. Dabei schreibt die „Gazeta Warschawska“, daß das Projekt einer internationalen Rüstungsbeschränkung für Polen sehr bedrohlich sei. Glücklicherweise verhalte sich Frankreich dem Gedanken gegenüber mißtrauisch, und nur durch eifriges Zusammenwirken mit Frankreich könne Polen die Gefahr einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung abwenden. Die polnischen Politiker sehen also darin eine Gefahr, wenn Europa endlich von dem alle Völker im gleichen Maße bedrückenden und ausbeutenden Militarismus erlöst wird. Gerade Polen, dessen Finanzverhältnisse mit zu den schlechtesten gehören, hätte eine Beschränkung seiner außerordentlichen Rüstungsausgaben notwendig. Daß es in Gemeinschaft mit dem heute militaristisch durchseuchten Frankreich jede Diskussion über eine Rüstungsbeschränkung abweist, ist kennzeichnend für den herrschenden Geist in diesen beiden Staaten. Frankreich und Polen waren einst die vergötterten Lieblinge der Demokraten der ganzen Welt, nicht zuletzt auch der deutschen. Heute bilden sie das heimliche Ideal der deutschen Militaristen.

*

Auf unsere Feststellung, daß der unabhängige Abg. Mau in einer bürgerlichen Zeitung die Einführung der polnischen Währung in Danzig gefordert hätte, antwortet die unabhängige „Freiheit“ in der Art, daß sie auf die Hauptsache nicht eingeht, sondern mitteilt, daß der „nationalistische“ Genosse Weber unserer Redaktion mit andern Journalisten zusammen eine Pressefahrt unternommen habe. Dabei verschweigt die „Freiheit“, daß der unabhängige Redakteur und Abgeordnete Gebauer auch an dieser Pressefahrt teilgenommen hat. Im übrigen ist für normaldenkende Leute nicht recht ersichtlich, was eine Informationsreise mit der Mitarbeit „revolutionärer“ Unabhängiger bei der bürgerlichen reaktionären Presse zu tun hat. Nunmehr werden aber selbst unsere Kommunisten und Unabhängigen von der polnischen Telegraphenagentur als deutsche „Nationalisten“ hingestellt. Bekanntlich hatte die allsozialistische Konferenz in Berlin beschlossen, daß anläßlich der Genueser Konferenz am 20. April überall gemeinsame Demonstrationen stattfinden sollen. Da aber die Kommunisten Rußland von dieser proletarischen Einheitsfront ausgeschlossen wissen wollen, und die russischen Sozialdemokraten in grausamster Weise weiter verfolgen, hat die Sozialdemokratie in Deutschland die gemeinsame Demonstration abgelehnt. Die Kommunisten und Unabhängigen haben nun überall an verschiedenen Orten Demonstrationen veranstaltet, die einen kläglichen Verlauf nahmen. Die polnische Telegraphenagentur nimmt diese Demonstrationchen aber zum Anlaß einer Sensationsmeldung und berichtet, daß die Versammlungen auf die Kunde vom Abschluß des deutsch-russischen Vertrages hin veranstaltet worden seien, und daß dabei aus „nationalen Gründen“ die proletarische Einheitsfront gebildet wurde. Die polnischen Politiker der P. A. T. legen also die „revolutionäre“ Betätigung der Unabhängigen und Kommunisten als deutschen Nationalismus aus. Arme „Revolutionäre“.

Bismarck über Deutschlands Niederlage.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht einen Brief Bismarcks vom 24. Dezember 1884 an den damaligen Kriegsminister v. Bronsart, worin nach Betrachtungen über eine neue Bewaffnung der Infanterie die Möglichkeiten einer deutschen Niederlage in einem späteren Kriege erörtert werden. Es heißt darin:

„...wenn wir nach Gottes Willen im nächsten Kriege unterliegen sollten, so halte ich das für zweifellos, daß unsere siegreichen Gegner jedes Mittel anwenden würden, um zu verhindern, daß wir jemals oder doch im nächsten Menschenalter wieder auf eigene Beine kommen, ähnlich wie 1807. — — — — Nicht einmal auf das einige Zusammenhalten des jetzigen Deutschen Reiches würden wir nach einem unglücklichen Feldzuge rechnen können. Der Reichstag und seine Wahlen beweisen zur Genüge, wie gering das Nationalgefühl und wie bereitwillig der Parteihaß ist, das eigene Vaterland im Stich zu lassen, sobald das Parteiinteresse ausländische Anlehnungen nützlich erscheinen läßt. Das siegreiche Frankreich würde in unseren heutigen Oppositionsparteien nicht weniger dienstbarer Gefälligkeit begegnen, als Napoleon seinerzeit im Rheinbunde."

Der Brief ist ein neuer Beweis dafür, wie richtig Bismarck in der äußeren Politik und wie falsch er in der inneren gesehen hat. Gerade die Parteien, die er als „Reichsfeinde" behandelte, Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie, waren es, die das Zusammenhalten des Reiches auch nach der Niederlage und dem Sturz des Kaisertums bewirkten und die Parteien, die Stinnes und Konsorten repräsentieren, verschachern die deutsche Volkswirtschaft an das Ausland, während die Junkerparteien die britische Hungerblockade aus Profitgier weiter fortsetzen gegen ihre eigenen Volksgenossen und wie z. B. in Bayern, offen mit Frankreich über Loslösungsbestrebungen des Bayernlandes von Deutschland verhandeln.

Wilhelm II. und der Heldentod.

Ein guter Sohn.

Zu diesem Thema, das infolge der Veröffentlichungen des Generals v. Eisenhart-Rothe neuerdings wieder erörtert wurde, liefert Max Springer in der „Deutschen Revue" einen Beitrag. Er gibt Erinnerungen des verstorbenen Geheimrats Robert Dohme wieder, der dem Kaiser Friedrich in der letzten Zeit vor seinem Tode besonders nahe gestanden hatte. Darin erzählt Dohme unter anderem, daß gewisse Hofkreise den ehemaligen Kronprinzen, späteren Kaiser Friedrich, als seine tödliche Erkrankung bekannt geworden war, in Berlin behalten wollten, „damit er hier beschleunigt sterbe". Der spätere Kaiser Wilhelm habe zu seiner Mutter gesagt: „Wäre Papa doch bei Wörth gefallen (19 Jahre früher). Das wäre glücklich gewesen!" Darauf erwiderte die Kaiserin Friedrich: „Aber, Wilhelm, rechnest du das Glück, das er die ganze Zeit über genossen, rechnest du mein, unser aller Glück so wenig?" „Nein, es wäre doch besser gewesen!"

Man sieht daraus, daß sich die bekannte Vorliebe des letzten deutschen Kaisers für den Heldentod anderer sogar bis auf den eigenen Vater erstreckt hat. Er selbst hat freilich die günstige Gelegenheit, die sich ihm vier Jahre lang bot, unausgenutzt gelassen und zuletzt nach einem „inneren Kampf", dessen Schilderungen brave Untertanen nur mit Tränen im Auge lesen können, den gedeckten Rückzug auf neutralen Boden angetreten.

Sie verdienen sich zu Tode.

Ueber einen nächtlichen Besuch im Hause eines Bremer Kaffeehauses, wo eben ein Geschäftsjubiläum stattfand, plauderte kürzlich ein Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung" folgendes aus:

„Schon schiebt man mich in den Nebenraum; und hier, wo jahrhundertelang die schweren Warenballen lagen, ein sonderbares Bild: Um einen sehr großen runden Tisch etwa zwanzig feierlich angezogene Herren, Großherren des Kaffeehandels, in ausgezeichneter, in vortrefflicher, man kann sagen: in vorgeschrittener Laune. Aber das Merkwürdige ist der Tisch selbst. Bei einem Durchmesser von nicht viel weniger als drei Meter ist nur der äußere Rand fest. Die große Scheibe in der Mitte aber dreht sich. Darauf stehen Weinflaschen, Schnäpse, Zigarren. Der dienstbare Geist stellt die guten Gaben nur so hin — und dann dreht sich die Scheibe, und jeder greift nach dem, was er haben will.

Trotz der vorgeschrittenen Stimmung höre ich ernste Worte. Ein Kaffeeherr sagt:

„Erst haben wir uns zu Tode gesiegt — jetzt verdienen wir uns zu Tode — —"

Offenbar ist dieses Geständnis durch den Weinkonsum dieses Kaffeepaschas gelockert worden. Aber im Weine liegt Wahrheit, und diese Wahrheit ist, daß im selben Deutschland, wo Millionen nicht die elementarsten Lebensbedürfnisse befriedigen können, wo jedem Arbeiter von seinen sauer verdienten Groschen der Zehnt als Steuer einbehalten wird und wo die Besitzsteuern angeblich jeden Gewinn wegsteuern, es einen Kreis von Händlern und Industriellen gibt, die sich tatsächlich „zu Tode verdienen".

Russenverhaftungen in Genua.

Die Genueser Polizei glaubt, in diesen Tagen ein Komplott gegen die anwesenden Russen aufgedeckt und vereitelt zu haben. Die italienische Polizei arbeitete daraufhin Hand in Hand mit den russischen Geheimpolizisten, die in Begleitung Tschitscherins hierher gekommen sind. Im ganzen wurden in den letzten Tagen fünfzehn Verhaftungen vorgenommen, nämlich elf Männer und vier Frauen, von denen erst jüngst fünf aus Berlin gekommen sind. Die zuverlässigen Merkpapiere der russischen Geheimpolizisten entlarvten die wahren Namen, unter denen sich einer der bekannten russischen Monarchisten befinden soll. Die Verhafteten wurden in das Genueser Untersuchungsgefängnis gebracht. Unter den sechzehn russischen Gegenrevolutionären, die verhaftet wurden, weil sie angeblich ein Attentat gegen die russische Delegation planten, befand sich auch der bekannte Weißgardistenführer Sawinkow. Die Polizei bemüht sich, seine Teilnahme an dem angeblichen Komplott aufzuklären.

Polnische politische Justiz.

Unser Bromberger Parteiblatt, die „Volkszeitung", hatte in einem Artikel über einen polnischen Ausnahmegesetzentwurf, der dann später übrigens vom polnischen Landtag selbst abgelehnt wurde, von einem „eventuell bevorstehenden Schandgesetz" gesprochen. Der Redakteur Genosse Pankratz wurde infolgedessen vom polnischen Amtsgericht in Bromberg zu vier Wochen Haft verurteilt, wogegen er Berufung eingelegt hat.

Der Bromberger Genosse Bkrczynkowski, der den Paragraphen, welcher den deutschen Stadtverordneten den Gebrauch der deutschen Sprache verbietet, einen „Schandfleck des 20. Jahrhunderts" nannte, wurde wegen polenfeindlicher Gesinnung — er ist selber Pole — zu sechs Wochen Haft verurteilt.

Rasse und Politik.

Die Zusammenstellung der deutschen Vertretung in Genua hat eine größere Anzahl deutschnationaler Abgeordneter zu nachstehender Anfrage im Reichstag veranlaßt: „Unter den bekanntgegebenen Personen der Delegation und der Sachverständigen für die Konferenz in Genua befinden sich zum mindesten 12 Herren jüdischer Rasse. Das Zahlenverhältnis der deutschen Staatsbürger jüdischer Rasse zu denen arischen Geblüts beträgt wenig mehr als 1 vom Hundert, nach der ostjüdischen Zuwanderung mag es vielleicht an 2 vom Hundert herankommen. Da die Zahl der Delegierten und Sachverständigen für Genua insgesamt 39 Personen betragen soll, bedeutet der rassenmäßig jüdische Anteil nach obiger Feststellung fast 33 vom Hundert. Wie will die Reichsregierung diese ungeheuerliche Bevorzugung der Juden bei der Auswahl der Delegierten und Sachverständigen zur Vertretung der deutschen Belange in Genua rechtfertigen?"

*

Diese böswillige Verquickung von Rasse und Politik, mit der der Regierung, die die Genua-Delegation natürlich aus rein sachlichen Gesichtspunkten zusammensetzte, ist so am besten beantwortet: Die betreffenden Personen sind ausgewählt worden, weil sie eben klüger sind als die kreuzdämlichen Antisemiten, die derartige Fragen stellen.

Der Kampf um den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag.

Der Lippesche Landtag nahm gestern einen Antrag der Deutschen Volkspartei an, der die Aufhebung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag fordert. Eine Mehrheit für diesen Antrag wurde mit Hilfe der Demokraten erreicht, die im Verein mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei für den Antrag stimmten. Dagegen waren die Sozialdemokraten, der Kommunist und der Vertreter der christlichen Arbeiter.

Nach heftigen Redekämpfen beschloß der Thüringische Landtag gestern vormittag mit allen Stimmen der drei sozialistischen Parteien gegen alle Bürgerlichen, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären. Das Gesetz tritt sofort in Kraft.

Nach einer Meldung des Tageblattes hat das hessische Landesamt für das Bildungswesen eine Bekanntmachung erlassen, wonach der Schulunterricht in Hessen am 1. Mai ausfällt.

Deutschnationale Revolverhelden.

Montag abend kam es in der Aula der Berliner Gemeindeschule in der Senefelder Straße, wo der Bismarck-Bund der deutschnationalen Jugend eine Versammlung abhielt, zu schweren Zusammenstößen zwischen deutschnationalen und proletarischen Jugendbündlern. Eine wüste Schlägerei, bei der Totschläger und Gummiknüppel eine Rolle spielten, begann in dem Versammlungsraum und wurde später auf der Straße fortgesetzt. Der Führer des deutschnationalen Bundes gab mehrere Schüsse aus einem Revolver ab, durch die mehrere Personen verletzt wurden. Er selbst mußte in bewußtlosem Zustande zur Unfallstation gebracht werden. Die alarmierte Schutzpolizei nahm mehrere Personen fest und stellte die Ruhe wieder her.

Ein Reichstarif für die deutschen Redakteure.

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Presse ist auf der Grundlage des von den beauftragten Kommissionen fertiggestellten Entwurfes vom 16. März 21 am 25. April 22 von den Bevollmächtigten des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe und des Reichsverbandes der deutschen Presse abgeschlossen worden. Zugleich ist für die dem Entwurf angefügte Vereinbarung die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit durch das Reichsarbeitsministerium beantragt worden.

Es handelt sich hier um einen Reichstarif. Die Bezeichnung Arbeitsgemeinschaft mußte gewählt werden, weil die Arbeitgeber den Vertrag mit den Redakteuren nicht als Tarifvertrag bezeichnet haben wollten. In Danzig sind die bürgerlichen Zeitungskapitalisten nicht einmal für die Arbeitsgemeinschaft zu haben. Sie wollen „Herr im Hause" bleiben.

Neue Verhandlungen über die Beamtenbesoldung.

Die neuen Sonderverhandlungen der Reichsregierung über die Beamtenbesoldungsvorlage mit den Gewerkschaftsvertretern beginnen am 1. Mai im Reichsfinanzministerium unter Hinzuziehung der Mitglieder des Reichstagsausschusses für Beamtenangelegenheiten.

Drohender Tarifkampf im deutschen Bankgewerbe.

Die Abstimmungen in den verschiedenen Bankangestelltenorganisationen über den Schiedsspruch für das Bankgewerbe haben eine überwiegende Mehrheit für seine Ablehnung ergeben. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten erhebt in einer Zuschrift an das Reichsarbeitsministerium und an den Reichsverband der Bankleitungen als neue Forderung eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe und Herbeiführung eines neuen Schiedsspruches für die Arbeits- und Gehaltsverhältnisse im Mai. Der Reichsverband der Bankleitungen hat dagegen gestern die Annahme des Schiedsspruches beschlossen.

Fräulein

Ein Danziger Heimatroman

23) von Paul Enderling.

(Copyright 1920 by J. G. Cotta'sche Buchhandlg. Nachflg. Stuttgart).

In das helle Spiel mischten sich dunkle, sonore, wuchtige Töne. Das waren die Glocken von St. Marien. Ein Turm nach dem anderen erwachte, und eine Glocke nach der anderen klang herüber.

„Du heißt doch Sibylle," sagte er halblaut.

Eine Flut von Tönen überschwemmte die schlafende Stadt und hob ihn empor und trug ihn fort.

„Sibylle ... Sibylle ..."

Die hundert Türme der Stadt sangen.

* * *

Eine Flucht.

Thea lag auf der Chaiselongue in ihrem Zimmer und verfolgte die Sonnenkringel an der Decke.

Sie war noch müde vom gestrigen Fest. Es war schon hell gewesen, als sie nach Hause gekommen waren. Herrgott, hatte sie getanzt! Als sei es das letztemal gewesen ... Und in all dem Lachen und Wirbeln, Wirbeln und Klingen hatte sie — das fühlte sie jetzt mit Beschämung — auch Lothars vergessen, der irgendwohin verschwunden war. Alles war so lustig und lockend gewesen, und wie hatte sie doch gelacht! Als sei es zum letztenmal gewesen ...

Thea sprang von der Chaiselongue auf. Es war auch zum letztenmal gewesen. Nun kam der Alltag. Nun hatte sie in allen Zeitungen der Stadt als Verlobte gestanden. Nun hatte die halbe Stadt ihr gratuliert. Es sollte auch zum letztenmal gewesen sein ...

Sie biß die Zähne zusammen und ging in ihrem Zimmer auf und ab, tiefe Furchen um Stirn und Mund. Als sie vor den Spiegel trat, blickte sie doch hinein. Du liebe Zeit, wie ernst sah sie aus, wie unglücklich! Man mußte Mitleid mit so einem jungen Menschenkind haben — — und beim Anblick ihres Mitleids begann Thea richtig zu weinen.

Eine Weile betrachtete sie noch ihr weinendes Spiegelbild. Aber als sie merkte, daß die Nasenspitze rot wurde vom Weinen, fand sie es dumm. Sie trocknete energisch die Tränen und setzte sich ans Fenster.

Was würden ihre Verehrer wohl sagen, wenn sie sie so trostlos und gealtert sähen? Ja, auch gealtert sah sie aus. Sie hatte es nur zu gut gemerkt. Es war auch kein Wunder. Es wäre auch kein Wunder gewesen, wenn sie graue oder weiße Haare bekommen hätte.

Wie nett war der Referendar gestern gewesen! Was für lustige, verwegene Sachen hatte er ihr doch ins Ohr geflüstert! Jetzt war das alles vorbei. Eigentlich hätte es gestern schon vorbei sein müssen ...

Und Lothar? Er hatte gut ausgesehen. Wer glich ihm hier noch unter den jungen Männern ihres Kreises? Er hatte im kleinen Finger mehr Energie als die anderen alle zusammen. Wo war er nur geblieben? Mutter hatte gesagt, daß er sich gleich verabschiedet habe. Ließ er sich nicht mehr sehen?

Die Sonnenkringel tanzten an der Decke. So hatten sie damals auf dem Zoppoter Promenadenweg getanzt ..... Schön und unruhig und flüchtig wie das Leben .... wie die Liebe ....

Drunten sah sie den Onkel, den Oberlehrer, über den Platz gehen, in seiner charakteristischen Haltung: etwas vornübergebeugt, mit den Armen beim Gehen herumrudernd. Nun trat er unten ins Haus ein.

War er glücklich? Es war sonderbar: Sie war noch nie auf den Gedanken gekommen, danach bei anderen Menschen zu fragen. Jetzt, wo sie sich so weit vom Glück fühlte wie nie zuvor, jetzt ließ sie alle an sich vorüberziehen. Den Vater — ja, er war glücklich in seiner selbstsicheren, selbstgläubigen Art. Die Mutter — sie klagte oder jammerte eigentlich den ganzen lieben, langen Tag, aber glücklich war sie wohl doch. Den Onkel — sie wußte so wenig von ihm, von ihm, der immer so freundlich zu ihr war.

Sie stand auf und ordnete vor dem Spiegel ihr Haar. Dann lief sie die Treppe hinunter zu dem Onkel.

Der Oberlehrer zog mit vollen Zügen an seiner Pfeife. Vor ihm lang ein großer Stapel blauer Hefte mit ängstlich in die Mitte geklebten Etiketts, die mit ungelenken Buchstaben verziert waren: „Aufsatzheft".

Einunddreißig Hefte hatte er gestern korrigiert; jetzt las er zum zweiundreißigsten Male: „Wie bringt Schiller uns Wallenstein menschlich näher?"

Er war eben dabei, mit roter Tinte ein großes A an den Rand zu schreiben, als es klopfte. Erst ganz bescheiden, dann in regelrechtem Trommelwirbel. Und ehe er noch „Herein" gerufen hatte, kam Thea.

„Dacht ich mirs doch! Wer hat es denn auch so eilig wie die Jugend?"

„O, ich stör dich, Onkelchen? Soll ich wieder gehen?"

„I bewahre. Laß mich nur noch diesen wunderbar gebauten Satz zu Ende lesen, zu dem einmal Atemholen faktisch nicht ausreicht: „Nicht nur durch seine erstaunliche ..., nicht nur durch seine großartige ..., sondern auch durch ..., die ebenso klug wie edel ist, nähert sich Wallenstein unserem Herzen." Was hälfst du davon?"

Thea zuckte die Achseln. „Meiner Meinung nach ist das Quatsch."

„Meiner Meinung nach auch, mein Kind. Und doch muß ich den Bengel, der mit diesem Satzungetüm eine halbe Seite füllt, noch loben, daß er das fertiggekriegt hat. Jetzt kriegst du wohl so einen leisen Schimmer von Lehrerfreuden, nicht? Das soll nun deutsch lesen, soll einen deutschen Dichter verstehen können. Es ist nicht zum Ansehen, nicht zum Ansehen."

„So durchstreich es doch und schreib eine dicke Fünf hin!"

„Dann hebe ich die ganze Philologie aus den Angeln. Und ich kein Herkules. Laß ihn nur schreiben. Er wird ja doch ein Beamter, und da kann er kein Unheil anrichten. Da braucht er niemand „menschlich näher zu bringen"."

„Warum gibst du auch so ein greuliches Thema?"

„Das ist mir vorgeschrieben. Ich wasche meine Hände in Unschuld."

„Du Aermster!"

„Danke. Mitleid ist süß wie Honigseim und tut gerade so gut. Wenn die Schüler alle wüßten, wieviel ihrem Lehrer vorgeschrieben ist, sie würden Erbarmen haben."

„Sind sie schlimm?"

„Lehrer sein kommt gleich hinter Galeerenarbeit."

(Fortsetzung folgt.)

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 97 | Mittwoch, den 26. April 1922 | 13. Jahrgang

Der Bureauhausbau am Karrenwall.

Kritik am Mieteinigungsamt. – Zentrümliche Gegnerschaft gegen die Feuerbestattung. Umfangreiche städtische Bauprojekte.

Nach etwa 6wöchentlichen Ferien trat die Stadtverordnetenversammlung gestern wieder zusammen. Es galt eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Gleich zu Anfang der Sitzung kam es zu einer lebhaften Kritik des Mieteinigungsamtes und es wurde gerügt, daß Wohnungsamt und Mieteinigungsamt oft gegeneinander arbeiten. Bei Bewilligung der Etatsüberschreitung des Krematoriums zeigte sich die zentrümliche Unduldsamkeit wieder einmal von ihrer übelsten Seite. Besonders der Zentrumsstadtverordnete Evert brachte einen gehässigen Ton in die Debatte. Alle Hinweise der Linken, daß für die christlichen Religionsgesellschaften große Mittel des Staates verwandt werden, brachte die Zentrumsvertreter nicht zur besseren Einsicht. Der Bureauhausbau am Karrenwall scheint nun gesichert zu sein. Das Gelände vor der Reichsbank wird nicht bebaut, sondern soll zu einem monumentalen Platz gestaltet werden. Gen. Grünhagen warnte nochmals eindringlichst vor einem Verkauf des Geländes und forderte Vergebung des Geländes in Erbpacht. Im Interesse der Arbeitslosen ist es zu begrüßen, daß noch weitere umfangreiche Erd- und Bauarbeiten beschlossen worden sind.

*

Bei Anwesenheit von 29 Stadtverordneten wurde die Sitzung vom Stadtverordnetenvorsteher Keruth eröffnet. Von der Mitteilung des Senats, daß Dr. Schwarz zum Direktor der Stadtbibliothek gewählt worden ist, wurde Kenntnis genommen.

Beschwerden über den Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes.

wurden beim nächsten Punkt der Tagesordnung: Wahl von Beisitzern für das Mieteinigungsamt und Erhöhung ihrer Gebühren vorgebracht. Die Zahl der Beisitzer sollte von 80 auf 90 erhöht werden. Die Beisitzer sollen anstatt 15 Mark 30 Mark erhalten. Zur Sache selbst wurde wenig gesprochen, dagegen an dem Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes, Sommer, und der Spruchpraxis Kritik geübt.

Stadtv. Frl. Meyer (Dtnatl.) wies darauf hin, daß Sommer eine Wohnung von 4 Zimmer für 1800 Mark mietete, und dann den Mietpreis auf 714 Mark festsetzen ließ. Von dieser Wohnung vermietete Sommer 1 Zimmer an einen Ausländer für 2000 Mark.

Stadtv. Scheller (Dtnatl.) rügte, daß die Entscheidungen des Mieteinigungsamtes, die früher endgültig waren, jetzt oft wieder umgestoßen werden. Entscheidungen des Wohnungsamtes werden oft durch das Mieteinigungsamt wirkungslos gemacht.

Stadtv. Braun (Z.) bedauerte ebenfalls das Gegeneinanderarbeiten von Wohnungsamt und Mieteinigungsamt. Redner geht dann auf den Vorfall in der Kolkowgasse ein, über den wir seinerzeit ausführlich berichteten. Im Interesse eines Warschauer Häuserspekulanten wurde vom Mieteinigungsamt für etwa 200 Wohnungen die Miete beträchtlich erhöht.

Stadtv. Brunzen (Dtnatl.) verlangte, daß der Senat sich zu den vorgebrachten Beschwerden äußert und schilderte eine Wohnungsvermietung in der Langgasse, wo ein Danziger 20 000 Mark geboten, ein Ausländer jedoch für 40 000 Mark den Zuschlag erhielt.

Senator Leske erklärte, daß er auf Einzelfälle nicht eingehen könne. Dem Wohnungsmangel könne nur durch Bewilligung von Mitteln für den Bau von Wohnungen abgeholfen werden.

Stadtv. Lange (Dtnatl.) hatte eine andere Antwort vom Senat erwartet.

Stadtv. Gen. Borchert verlangte, daß die Wohnungssuchenden beim Wohnungsamt und Mieteinigungsamt objektiv behandelt werden. Danziger Familien erhalten keine Wohnung zugewiesen, dagegen werden aus Polen und Pommerellen Zugewanderten sehr oft Einzelzimmer zugewiesen.

Stadtv. Mau (USP.) wies darauf hin, daß die Politik des Senators Dr. Leske von der deutschnationalen Volkstagsfraktion unterstützt wird. Wer genügend Geld habe, bekomme auch eine Wohnung.

Senator Dr. Leske bestritt das letztere, stieß dabei jedoch auf den lebhaften Widerspruch der Linken.

Gegen die Vorlage selbst wurde kein Widerspruch erhoben. Eine Reihe von Wahlen zu Schiedsmännern, Armen- und Waisenpflegern wurde nach den Vorschlägen des Wahlausschusses vollzogen. Der Steuervollzieher Emil Marquardt wurde mit einem Ruhegehalt von 14 820 Mark pensioniert. Für Instandsetzung des Ertelplatzes in Neufahrwasser wurden 38 000 Mark bewilligt. Zur Verbesserung der Entwässerungsverhältnisse des Troyler Geländes wurde zur Errichtung eines Schöpfwerkes zum Ausbau der Gräben insgesamt 506 600 Mark bereitgestellt. Die große Schleuse in Praust soll mit einem Kostenaufwande von 1 300 000 Mark durch einen Neubau in massiver Ausführung ersetzt werden.

Zentrümliche Unduldsamkeit.

kam wieder einmal kraß zum Ausdruck bei Bewilligung von 58 473 Mark Etatsüberschreitungen der Feuerbestattungsanlage in den Jahren 1914—1920.

Stadtv. Dr. Thun (Z.) wandte sich entschieden gegen die Vorlage und berief sich auf das alte preußische Gesetz, daß derartige Zuschüsse verbiete.

Die deutschnationale Fraktion brachte einen Antrag ein, daß die Gebühren für die Feuerbestattung so zu regeln sind, daß Einnahmen und Ausgaben sich decken.

Stadtv. Dr. Herrmann (DP.) wandte sich gegen den Zentrumsredner. Das Krematorium sei kein Rentabilitätsinstitut. So gut wie jeder nach seiner Fasson selig werden könne, könne sich auch jeder nach seiner Fasson begraben lassen. Die Etatsüberschreitungen seien durch die Kriegsverhältnisse verursacht.

Stadtv. Kunze (USP.) stellt fest, daß sich die katholische Kirche die gesamten Gehälter der Geistlichen vom Senat bezahlen läßt. Wenn jetzt aber 58 000 Mark für Andersgläubige verlangt werden, schreit das Zentrum Zeter und Mordio.

Stadtv. Evert (Z.), der sich auch sonst durch lärmende Zwischenrufe unangenehm bemerkbar machte, erklärte, daß die Stadt nicht verpflichtet sei, Zuschüsse für die Feuerbestattungsanlage zu leisten.

Stadtv. Gen. Borchert betonte, daß die sozialdemokratische Fraktion grundsätzlich die unentgeltliche Bestattung verlangt. Es ist Aufgabe der Gemeinden und des Staates für die Bestattung zu sorgen. Der verlangte Zuschuß für das Krematorium ist verhältnismäßig gering. Den Zentrumsarzt Dr. Thun machte Redner darauf aufmerksam, daß der größte Teil der Aerzte für die Feuerbestattung eintritt. Den deutschnationalen Antrag lehne die sozialdemokratische Fraktion ab. Die Feuerbestattung wird sich immer mehr einbürgern, dann sind Zuschüsse nicht mehr notwendig. Die sozialdemokratische Fraktion werde der Vorlage des Senats zustimmen.

Abg. Rahn (K.), der von den Zentrumsabgeordneten oft unterbrochen wurde, wies darauf hin, daß die Stadtverordnetenversammlung den Wünschen des Zentrums in bezug auf Unterstützung der katholischen Einrichtungen stets entgegengekommen ist. Es sei deshalb eine Schmutzigkeit des Zentrums, sich gegen diese Ausgabe zu wenden. Im Volkstage werde man hoffentlich bald das Feuerbestattungsgesetz verbessern.

*

Die Senatsvorlage wurde gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen angenommen, der deutschnationale Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Polen abgelehnt.

Der Verkauf des Karrenwallgeländes

stand erneut zur Beratung. Der Senat hatte die alte Vorlage wieder eingebracht. Die bürgerlichen Parteien hatten dazu einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß das Bureauhaus nicht gegenüber der Reichsbank, sondern gegenüber dem Polizeipräsidium errichtet wird. Weiter wird gewünscht, daß in dem Gebäude nach Möglichkeit Säle für öffentliche Veranstaltungen eingerichtet und die Börse und Handelskammer untergebracht werden. Die architektonische Gliederung des Gebäudes müsse im Einvernehmen mit der Hochbauverwaltung der Stadt erfolgen.

Stadtv. Siebenfreund (Dtnatl.) begründete in längeren Ausführungen den Abänderungsantrag und führte aus, daß die Verlegung des Bauplatzes auf die Stelle gegenüber dem Polizeipräsidium und die Erweiterung des Bauplanes, indem zugleich für die Handelskammer mit der Börse und für die Konzertsäle würdige Räume geschaffen würden, eine pompöse städtebauliche Aufgabe geschaffen habe. Das von Bebauung freizuhaltende Gelände gegenüber der Reichsbank werde einen imposanten Schmuckplatz ergeben. Die Durchführung dieses Bauplanes, der eine starke Entwickelung des Geschäftslebens am Karrenwall erwarten lasse, dränge freilich die alten Theaterbaupläne für diese Gegend zurück. Dafür müsse und werde sich anderen Orts, etwa am Olivaer Tor, Raum finden. Redner befürwortete weiter einen Verkauf an die Lebensversicherungsgesellschaft. Weil das neue Baugelände geschütteter Boden ist, müsse der Kaufpreis etwas ermäßigt werden.

Stadtv. Gen. Grünhagen erörterte nochmals die Bedenken gegen das Projekt. Mit dem Plan, das Gebäude gegenüber dem Polizeipräsidium zu errichten, kann man sich abfinden. In der Preisfrage vertritt die sozialdemokratische Fraktion den Standpunkt, daß möglichst wenig Grund und Boden wegegeben wird. Er muß im Besitz der Allgemeinheit bleiben. Solch wertvolles Gelände darf nicht verkauft, sondern nur in Erbpacht abgegeben werden. Der frühere Magistrat vertrat den gleichen Standpunkt, besonders wenn es sich um Gelände für geschäftliche oder industrielle Anlagen handelte. Der Preis von 800 Mark für den Quadratmeter ist zu gering, denn er bedeutet nur eine siebenfache Steigerung des Friedenspreises, während die Mark um das 60fache entwertet ist. Deshalb ist die Frage Verkauf oder Erbpacht nicht zu überlegen. Das Wohl der Stadt erfordert, daß der Grund und Boden für alle Zeiten der Allgemeinheit dienstbar gemacht wird. Der abzuschließende Vertrag muß die Bestimmung enthalten, daß das Gelände an die Stadt zurückfällt, wenn innerhalb einer bestimmten Frist nicht gebaut wird.

Stadtv. Rahn (K.) bezeichnete den Preis von 800 Mark pro Quadratmeter als einen Spottpreis. Stadtv. Siebenfreund habe der Stadt einen schlechten Dienst erwiesen, als er das Gelände als minderwertig hinstellte. Der Ausschuß für Forst- und Grundbesitz möge den Vertrag vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung abschließen.

Stadtv. v. Budzynski (Pole) vermutete dunkle Machenschaften hinter dem Stimmungsumschwung in der Stadtverordnetenversammlung, die auf einmal dem Plane zustimme. Anstatt 800 Mark können 3000 Mark für den Quadratmeter gefordert werden. Redner beantragte, daß den Bauinteressenten die Schaffung zweier großer Säle in dem Gebäude zur Bedingung gemacht wird.

Senator Dr. Leske vertrat den Standpunkt, daß in dem vorliegenden Falle ein Verkauf des Grundstückes vorteilhafter als die Vergebung in Erbpacht sei.

Schließlich wurde die ursprüngliche Senatsvorlage einstimmig abgelehnt. Für den Antrag Budzynski stimmten nur die Polen. Der Antrag der bürgerlichen Parteien wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Ein neuer Flugplatz

soll auf dem großen Exerzierplatz in Langfuhr errichtet werden. Der Senat beantragte als erste Rate die Bewilligung von 1½ Mill. Mark zu diesem Zweck.

Stadtv. Rohde (DP.) verlangte, daß auch der Staat sich an den Kosten beteilige, zumal später noch 2 Mill. Mark notwendig sind.

Senator Runge entgegnete, daß die Anlage von Flugplätzen Sache der Städte sei.

Stadtv. Braun (Z.) trat ebenfalls für eine Beteiligung des Staates ein, der durch die Flugpost daran interessiert sei. Die Vorlage wurde ohne Widerspruch angenommen.

Ein Antrag des Senats verlangt, daß die Wiebenkaserne, die Kaserne Nonnenhof, das Festungsgefängnis Nonnenhof und das neue Zeughaus an der Promenade vorbehaltlich späterer finanzieller Auseinandersetzung zwischen Staat und Stadt in das Eigentum der Stadtgemeinde Danzig übergehen und von der städtischen Grundbesitzverwaltung übernommen werden.

Stadtv. Frau v. Kortzfleisch (Dtnatl.) trat bei dieser Gelegenheit dafür ein, daß der städtischen Handelsschule angemessene Räume zur Verfügung gestellt werden.

Stadtv. Braun (Z.) wünschte, daß das Postamt 4, dessen Räume am Haustor gekündigt sind, im Garnisonlazarett untergebracht wird.

Die Vorlage des Senats wurde angenommen.

Zur Erbauung einer Umkleidebaracke und zur Instandsetzung der Abort- und Brauseanlage auf dem Heinrich-Ehlers-Platz wurden 105 000 Mark angefordert und bewilligt. Stadtv. Rohde (DP.) bemängelte, daß für die körperliche Ertüchtigung der Jugend zu wenig von Seite des Senats getan werde. Ohne Aussprache wurden 8000 Mk. für die Errichtung eines Turn- und Spielplatzes in Weichselmünde bewilligt. Der Verlegung der Schule Fischmeisterweg und der Mittelschule Neufahrwasser wurde zugestimmt. Ohne Aussprache wurde auch die Erhöhung der Stand- und Kellergelder in der städtischen Markthalle beschlossen.

Gegen 7½ Uhr wurde die öffentliche Sitzung abgebrochen und in die geheime Sitzung eingetreten.

Danziger Nachrichten.

Rentenfestsetzung und Geldentwertung.

Die Zivilgerichte und auch das Obergericht haben sich jetzt vielfach mit der Erhöhung der früher gerichtlich festgesetzten Jahresrente zu beschäftigen. Alimente, Renten aus Ehescheidungen und Schadenersatzrenten wurden festgesetzt auf Grund der früher etwa 80 mal höheren Kaufkraft der deutschen Mark. Der eigentliche Wille des erkennenden Gerichts war, dem Rentenempfänger eine bestimmte Menge Waren und Dienstleistungen zuzubilligen. Diese Absicht ist durch die Minderung der Kaufkraft der Mark aber vereitelt. Deshalb gibt das Gericht den Klageanträgen auf Erhöhung der Rente grundsätzlich statt. Im Hinblick darauf, daß die Geldentwertung noch immer weiter fortschreitet, wird in juristischen Kreisen erwogen, dieser Tatsache bereits bei der erstmaligen Festsetzung der Rente Rechnung zu tragen. Das erkennende Gericht spricht sonst ein Urteil aus, von dem es weiß, daß es nach einigen Monaten seinem Willen schon nicht mehr entspricht.

Man hat zunächst erwogen, das Urteil auf Gold, eine andere Ware oder die Warengesamtheit aufzubauen. Die Rente würde dann in einer Warenleistung bestehen, die in Geld umzurechnen wäre. Die Schwierigkeiten, die sich hier ergeben, erscheinen aber unüberwindlich. Es kommt weiter hinzu, daß die Rente in einem gewissen Verhältnis zu den sonstigen üblichen Einkommen stehen muß. Wenn das Einkommen eines großen Teils des Volkes, das sind vor allem die festbesoldeten Beamten, Angestellten und Arbeiter, der Geldentwertung nicht entspricht, dann dürfe auch die Rente in gleichem Verhältnis der Geldentwertung nicht entsprechen. Deshalb hat man erwogen, die Rente in ein bestimmtes Verhältnis zur festen Besoldung zu bringen. Solch einen Weg hat uns die Zeit neu erschlossen.

Wir haben die Einrichtung der allgemein verbindlichen Lohntarife und der Gruppenbesoldung. Diese Beträge haben öffentlichen Charakter und sind das Ergebnis eingehender Beratungen auf Grund des praktischen volkswirtschaftlichen Lebens. Diese Beträge entsprechen einerseits der Geldentwertung, andererseits den tatsächlichen Verhältnissen. Sie würden also eine klar und fest bestimmbare Größe darstellen und die Rente gerecht festsetzen und mit der Geldentwertung ansteigen lassen. Es liegt auch bereits in einem Falle solch ein Antrag vor. Danach soll die Schadenersatzrente auf eine Gruppe der Beamtenbesoldung aufgebaut werden. Das Gericht hätte dann nur festzusetzen, welche Gehaltsgruppe und welcher Prozentsatz des Gehalts zugrunde zu legen wäre. Dann würden sich viele Rentenerhöhungsprozesse vermeiden lassen. Das hat jetzt um so mehr Bedeutung, als die Gerichtskosten infolge ihrer Erhöhung sehr bedeutend geworden sind. Die Gerichte würden gleichzeitig entlastet werden.

Zirkus-Besuch. Der bestens bekannte Zirkus Straßburger kommt am 3. Mai wiederum nach Danzig. Der Gesamtspielplan umfaßt 30 Sensationen, und ist jede einzelne für hier vollständig neu. Der Marstall ist in seiner Art einzig dastehend. Auch der exotische Tierpark dürfte starkes Interesse finden.

Zoppot. Wohnungstausch. Um Wohnungstausche zu erleichtern, hat das hiesige Wohnungsamt eine Liste angelegt, aus der die beim Wohnungsamt gemeldeten, zum Tausch angebotenen Wohnungen ersichtlich sind. Sprechstunden des Amtes vormittags von 10—12 Uhr.

Schädlinge am Achtstundentag.

Die Unternehmer sind fast ausnahmslos aus leicht erklärlichen Gründen Gegner des Achtstundentages. Das ist weniger schlimm für den Achtstundentag als für das Unternehmertum, dem diese Gegnerschaft hinsichtlich seiner Betriebsführung, sowohl vom technischen als vom sozialwissenschaftlichen Standpunkte aus, kein gutes Zeugnis ausstellt. Ist es auch nicht erfreulich, daß ein großer Teil des Unternehmertums immer noch in veralteten Anschauungen befangen ist, Augenblickspolitik betreibt, und sich in starke Voreingenommenheit gegen den Achtstundentag verrannt hat, so ist das immerhin verständlich aus dem Interessengegensatz zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum. Um so unverständlicher und unerfreulicher aber ist, daß es

unter der Arbeitnehmerschaft auch noch Feinde des Achtstundentages

gibt. Es wäre kindisch, in jeder Ueberstunde eine Bedrohung des Achtstundentages zu sehen, zumal dann, wenn diese Ueberstunde notwendig und unvermeidlich ist und auf Verlangen des Unternehmers im Einverständnis mit dem Betriebsrat geleistet wird. Doch darin liegt tatsächlich eine nicht zu unterschätzende Gefahr, daß mancher Egoist unter den Arbeitern oder Angestellten, dessen Gewissen ebenso robust ist als seine Körperkonstitution, sich zu Ueberstunden geradezu drängt, dem Unternehmer darin Vorschub leistet. Ja, man hilft mitunter dem Unternehmer sogar die Tatsache der Ueberstundenleistungen zu verwischen, indem man nicht mehr als acht Stunden „schreibt", trotzdem man neun oder mehr Stunden gearbeitet hat. „Bei uns soll einmal der Gewerbeinspektor kommen" — hörte ich jüngst einen solchen Ueberstundenjäger in der Kneipe prahlen —, „der findet nichts, da ist alles in Ordnung." Andere wieder, die im eigenen Betriebe keine Ueberstunden machen können, suchen sich Nebenbeschäftigung. Diese Ueberstundenmacher sabotieren nicht nur den Achtstundentag, schädigen nicht nur die Sache der Arbeiterschaft im allgemeinen, sondern sie nehmen den Arbeitslosen noch das Brot vor dem Munde fort. Die Ausrede, man könne doch in acht Stunden nicht genug verdienen, kennzeichnet die Denkweise solcher Leute. Abgesehen davon, daß nur körperlich besonders kräftige Arbeiter oder solche, die sich bei ihrer eigentlichen Tätigkeit „ausruhen", ohne momentane gesundheitliche Nachteile die Schufterei bei der eingeschränkten Ernährungsweise vertragen können, der Durchschnittsarbeiter aber es nicht kann, ist doch der Endeffekt der Ueberstundenmacherei eine allgemeine Verschlechterung der Lage der Arbeiter, eine

längere Arbeitszeit bei gleichem oder gar geringerem Lohn.

Das Treiben der Schmutzkonkurrenten ihrer eigenen Arbeitsbrüder zwingt allmählich die übrigen Arbeiter ebenfalls zur Längerarbeit, so daß den einzelnen Egoisten der erlangte Vorsprung nach einiger Zeit wieder verloren geht. Besonders bei Akkordarbeiten ist es eine alte Erfahrung, daß sich die Arbeiter selber die Lohnsätze verderben, den Unternehmer anreizen, sie herabzusetzen.

Fragen wir uns, worauf diese bedauerliche Erscheinung zurückzuführen ist, so kommen wir zunächst zu der Ueberlegung: Woher sollen denn all die früheren Unorganisierten mit einem Male die Fähigkeit solidarischen Denkens und Handelns erlangt haben? Woher soll der Masse der Unaufgeklärten die Erkenntnis von der gewaltigen kulturellen Bedeutung des Achtstundentages gekommen sein? Woher soll sie den Maßstab gewonnen haben für die richtige Einschätzung einer fortgesetzten absichtlichen und freiwilligen Uebertretung des Achtstundentages? Solange wir den Achtstundentag noch nicht hatten, wurde seine Bedeutung in Versammlungen (auch außer dem 1. Mai) gelegentlich erörtert. Allein die Unorganisierten fehlten in diesen Versammlungen. Heute setzt man die Erkenntnis, zu der man sich selber erst durchringen mußte, auch bei allen anderen ohne weiteres als gegeben voraus und klagt über — Ueberstunden. Wir müssen von unseren Arbeitsbrüdern, ob in Werkstatt oder Bureau, verlangen, daß sie mit uns

alles daransetzen, den Achtstundentag hochzuhalten.

Das erste aber, was wir dazu tun müssen, das ist, darüber aufzuklären, warum und weshalb wir dies fordern, welche Bedeutung der Achtstundentag für die Arbeiterschaft hat. Dann erst wird die Zahl derer, die ihrer Feindschaft gegen den Achtstundentag praktischen Ausdruck verleihen, die Zahl seiner Feinde im eigenen Lager, sicherlich weit geringer werden. Und wir haben wahrlich alle Ursache, dafür zu sorgen, daß diese Wirkung möglichst bald erreicht wird, soll nicht die Zahl dieser Schädlinge sich fortgesetzt vermehren.

Könnten die Unternehmer erst einmal mit einem Schein von Recht den Trumpf ausspielen, daß große Teile der Arbeiterschaft — in dem Wahn, dadurch ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern — länger als acht Stunden arbeiten wollen, dann wäre das für den Achtstundentag schlimmer als alle übrigen Argumente, die die Unternehmer von sich aus ins Feld führen können. Auch die Schwärmer für die „Weltrevolution" mögen sich gesagt sein lassen, daß die gehörige

Aufklärung über die Bedeutung des Achtstundentages wertvoller und revolutionärer ist, als alle ihre „revolutionären" Deklamationen.

Verlassen wir uns nicht zu sehr auf die Verordnung über den Achtstundentag, sondern setzen wir alles daran, den Achtstundentag zu einem unverrückbaren Wegweiser auf der Bahn des Kulturfortschritts zu machen.

Aus dem Osten.

Marienburg. Die Opfer der Liebestragödie, die sich Montag früh in einem hiesigen Hotel abspielte, sind im Laufe des Montag gestorben. Der Hilfspostschaffner Ernst Ritter verstarb mittags 12 Uhr, ohne das Bewußtsein wieder erhalten zu haben, während ihm sein Opfer, Frau Klara Kahn geb. Lucht, abends gegen 5 Uhr folgte.

Marienburg. Reichstagspräsident Genosse Löbe, der sich zurzeit auf einer Reise durch Ostpreußen befindet, wird hier am Freitag in öffentlicher Versammlung über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands sprechen.

Königsberg. Ein hochpolitischer Preßprozeß fand vor der Strafkammer statt. Angeklagt waren der Maschinenarbeiter Richard Mirwald sowie die Redakteure Hoffmann (Rote Fahne) und Worgatsch (Königsberger Volkszeitung) wegen Beleidigung des Reichswehrhauptmanns Groppe. Am 8. September war vor dem Steindammer Tor ein Trupp Reichswehrsoldaten in Stärke von etwa 70 Mann, das berüchtigte Kronprinzenlied singend, nach der Kaserne gezogen. Mirwald, der gerade in jener Gegend sich [illegible], vernahm aus dem Gesang das Wort [illegible]regiment und schloß daraus ganz richtig, daß es sich hier um ein Lied monarchistischer Tendenz handelte. Er erkundigte sich nach dem Führer des Trupps. An den Oberleutnant Hiller verwiesen, machte Mirwald diesen darauf aufmerksam, daß das Singen monarchistischer Lieder durch Verordnung der Regierung verboten sei. Oberleutnant Hiller ließ den Hauptmann Groppe, der nach der Kaserne vorausgegangen war, holen. Als Groppe hörte, worum es sich handele, ließ er eine Bemerkung fallen, die nach der Angabe Mirwalds gelautet haben soll: „Die Verordnung einer Katzenregierung geht mich nichts an." Mirwald bemühte sich darauf weiter, wurde aber vom Hauptmann Groppe mit den Worten abgewiesen: „Scheren Sie sich zum Teufel und tragen Sie Ihren Mist, wo Sie wollen." Gleich nach diesem Begegnis erzählte Mirwald diesen Vorfall in der Redaktion der „Roten Fahne". Am folgenden Tage erschien in dieser Zeitung unter der verantwortlichen Leitung des Angeklagten Hoffmann ein Bericht mit anschließenden kritischen Bemerkungen. Gleichfalls in der Absicht, die Veröffentlichung eines solchen Berichts zu veranlassen, hatte Mirwald auch in der Redaktion der „Königsberger Volkszeitung" vorgesprochen. Man wartete jedoch ab, ob die Richtigkeit der Angaben in der „Roten Fahne" durch eine Berichtigung seitens des Wehrkreiskommandos beanstandet würde. Acht Tage hat man dann auf eine Berichtigung durch das Wehrkreiskommando gewartet. Da nichts erschien, hat man angenommen, daß die Angaben Mirwalds den Tatsachen entsprechen, und die „Volkszeitung" hat ebenfalls zu dem Vorfall Stellung genommen. Die Beweisaufnahme bestätigte diesen Sachverhalt; nur bestritt der Hauptmann, sich abfällig gegen die Regierung geäußert zu haben. Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Den Angeklagten stehe der gute Glaube zur Seite, daß in der Reichswehr etwas Ungehöriges geschehe. Deshalb sei gegen sie auch nur auf verhältnismäßig geringe Strafen erkannt worden. Neben der Publikationsbefugnis lautete das Urteil gegen Mirwald auf 300, gegen Hoffmann und Worgatsch auf je 600 Mark Geldstrafe.

Stettin. Zehn Bauerngehöfte eingeäschert. In Grupenhagen bei Rügenwalde brach ein Großfeuer aus, während die Bewohner auf dem Felde waren. Da die Häuser dort zumeist mit Stroh gedeckt sind, sprang das Feuer sehr schnell auf andere Gehöfte über, so daß in kurzer Zeit zehn Gehöfte und das Schulgebäude den Flammen zum Opfer fielen. Nicht weniger als 22 Feuerwehren der Umgebung waren mit den Löscharbeiten beschäftigt. Der Gebäudeschaden wird auf annähernd 6 Millionen Mark geschätzt. Zehn Familien sind obdachlos. Das Vieh konnte größtenteils gerettet werden.

Stettin. Der Hafenarbeiterstreik beendet! Der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch auf einen Tagelohn von 206 Mk. ist von den Hafenarbeitern angenommen worden. Damit ist der Streik beendet. Die Arbeitsaufnahme erfolgte Montag früh.

Volkswirtschaftliches.

Amerikanisches Kapital für Europa. Die Unterbringung großer europäischer Anleihen auf dem amerikanischen Geldmarkt, die man als Zeichen für das wachsende Zutrauen in die finanzielle Gesundung der alten Welt auffassen darf, hat besonders in der zweiten Märzhälfte angehalten. Im genannten Zeitraum haben u. a. aufgenommen: die Regierung von Niederländisch-Indien unter Garantie der niederländischen Regierung 40 000 000 Dollar; die Paris-Lyon-Méditerrane-Eisenbahngesellsaft 80 000 000 Dollar in Schuldverschreibungen; die Chemins de Fer du Midi 25 000 000 Franken oder 5 000 000 Dollar und die Framerican Industrial Development Corporation 10 000 000 Dollar in Obligationen. Die letzten zur Zeichnung aufgelegten Anleihen sind die der Städte Soissons in Höhe von 6 000 000 Dollar und Elberfeld in Höhe von 66 000 000 Mark zu 5 Prozent, welch letztere die erste deutsche Anleihe ist, die nach Kriegsschluß in den Vereinigten Staaten untergebracht worden ist. Diese Anleihe ist laut amerikanischen Berichten auf dem Weg jährlicher Auslosungen in spätestens dreißig Jahren rückzahlbar; eine besondere Klausel sieht die Sicherstellung der Anleihebesitzer gegen eventuelle Veränderungen der deutschen Währung vor.

Münzprägung in Gold. Bei uns ist daran nicht zu denken, wohl aber in dem noch viel ärmeren Rußland. So wissen Rigaer Blätter zu melden, daß der Münzhof in Petersburg die Prägung der goldenen Fünf- und Zehnrubelmünzen und der Silbermünzen im Werte von zehn Kopeken bis zu einem Rubel begonnen hat. Das erforderliche Metall haben die religiösen Vereinigungen gestiftet. Ob die „Stiftung" nur aus reiner Christenliebe erfolgt ist, oder ob dazu eine sanfte „Anregung" nötig war, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist das eine Tat, die den russischen Dalles wenigstens etwas mildern kann. Die Kirchen in Deutschland verfügen ebenfalls über erhebliche Mengen des so gesuchten Edelmetalls, aber zur Hergabe konnten die Kirchen sich vor lauter Christlichkeit und Nächstenliebe nicht entschließen, zu wilhelminischen Zeiten nicht und heute gleich gar nicht.

Aus aller Welt.

Beide Beine abgefahren. Auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin versuchte der Schlosser Fritz Hahn auf einen fahrenden Zug aufzuspringen. Er geriet unter den Zug, der ihm beide Beine abfuhr. Das Rettungsamt Berlin schaffte den Schwerverletzten in das Krankenhaus.

Der Untergang des „Fehmarn" am 31. Dezember 1921 in der Nordsee, etwa 125 Seemeilen nördlich von Helgoland, bei dem leider elf brave Seeleute den Tod in den Wellen fanden, beschäftigte das Flensburger Seeamt. Das Amt fällte folgenden Spruch: Die Ursache des Untergangs ist auf das infolge schweren Arbeitens des Schiffes in der hohen See erfolgte Leckspringen desselben zurückzuführen, wobei die vorlastige Beladung des Dampfers nachteilig mitgewirkt hat. Die Schiffsleitung trifft kein Verschulden.

Schwere Kesselexplosion. Auf dem Schraubenschleppdampfer „Liebling" explodierte auf Bergfahrt von Mainz nach Frankfurt der Kessel. Durch das starke Ausströmen von Dampf und den durch Manometer angezeigten Ueberdruck gewarnt hatte sich kurz vor der Explosion die vier Mann starke Besatzung zu dem Kapitän auf das Oberdeck begeben. Sie wurden aber vor dem Verlassen des Schiffes von der Katastrophe erfaßt. Der Kapitän, der noch Rettungsversuche [illegible] machte, [illegible] und erlag seinen Verletzungen. Die vier Mann der Besatzung sind trotz schwerer Brandwunden außer Lebensgefahr. Der Dampfer liegt als Wrack an der Unglücksstelle.

Schweres Vergiftungsunglück durch Methylalkohol. Ein entsetzliches Unglück hat sich im Hamburger Hafen zugetragen. Mehrere beim Löschen eines Dampfers beschäftigte Arbeiter hatten aus einem leckgesprungenen Faß, das anscheinend Alkohol enthielt, getrunken. Unglücklicherweise enthielt das Faß Methylalkohol. Bei vielen Arbeitern stellten sich bald nach dem Genuß schwere Vergiftungserscheinungen ein, denen bisher sechs zum Opfer fielen. Einige der Vergifteten starben bereits auf dem Transporte, andere im Krankenhause. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet. — Inzwischen sind noch vier weitere Arbeiter gestorben. Die Zahl der Toten hat sich somit auf zehn erhöht. Eine große Anzahl schwebt noch in Lebensgefahr.

Ein schwerer Einbruch wurde in der Nacht zum Sonntag in der Krefelder Innungsbank verübt. Die Einbrecher hatten sich schon tags zuvor in das über dem Banklokal liegende Stockwerk eingeschlichen. Von dort aus durchbrachen sie nachts die Decke, nachdem sie sämtliche Fenster nach der Straßenseite dicht mit Tüchern verhängt hatten. Bei voller Beleuchtung machten sie sich dann an ihr Werk. Mit einem Autogen-Schweißapparat öffneten sie den Geldschrank, aus dem sie 380 000 Mark in bar, 400 holländische Gulden und eine goldene Herrenuhr stahlen. Bisher hat man von den Einbrechern keine Spur.

Ein Berliner Kriminalbeamter erschossen. Das Opfer eines Totschlags ist in der Nacht zum Sonntag der Kriminal-Betriebsassistent Richard Bartolein in Charlottenburg geworden. B. befand sich in früher Morgenstunde auf dem Heimweg. Er war nicht im Dienst und hatte seine Pistole auf der Wache zurückgelassen. Unterwegs muß er etwas Verdächtiges beobachtet haben, was ihn veranlaßte, sich hinter einen Baum zu stellen, um seine Beobachtungen fortzusetzen. Während er so stand, erschienen auf dem Heimwege die Kaufleute Gebrüder Heinrich und Otto Prechtel. Der jüngere Otto trat auf den Beamten zu und fragte ihn, was er da mache, ohne zu wissen, daß er einen Beamten vor sich hatte. Da B. sah, daß beide angetrunken waren, so wies er sie mit dem Bemerken ab, sie möchten ihrer Wege gehen. Statt dem zu folgen, zog Otto P. sofort einen Dolch. Gleichzeitig griff sein älterer Bruder Heinrich zum Revolver und gab zwei Schüsse ab. Dann gingen beide davon. Bald darauf fanden Straßenpassanten B. schwer stöhnend auf der Vorbschwelle. Er konnte nur noch einige Auskünfte geben und brach dann tot zusammen. Die Brüder Prechtel begaben sich unterdessen nach der Wache und zeigten an, daß sie einen ihnen unbekannten Mann in der Notwehr angeschossen hätten. Auf Grund ihrer Darstellung wurden sie zunächst nach Hause entlassen. Nach dem Ergebnis der sofort aufgenommenen Ermittelungen aber wurden beide nachträglich verhaftet.

Italienischer Vogelmord in Südtirol. Die Verordnung, die der italienische Generalkommissar für Venetien und das Trentino über den Vogelfang erlassen hat, zeigt leider, daß man den in Italien üblichen Vogelmord, der eine Kulturschande dieses Volkes ist, nunmehr auch für Südtirol zuläßt. Der Gebrauch von Schlingen jeder Art, ausgenommen solchen aus Metall, wird für den Fang von Vögeln bis zur Größe der Drosseln gestattet. Ebenso ist der Vogelfang mit Netzen jeder Art erlaubt. Auch der Handel mit toten Vögeln ist während der Zeit des Vogelfanges zulässig. „Dieses Vorgehen der italienischen Behörden", wird im „St. Hubertus" zu dieser Verordnung bemerkt, „ist wieder eine romanische Kulturtat ersten Ranges."

Versammlungs-Anzeiger

(Die Versammlungsanzeigen müssen mindestens einen Tag vor dem Erscheinungstage bei der Redaktion eingereicht werden.)

S.P.D. Hauptkassierer und Funktionäre.
Die Maimarken sind eingetroffen und können auf dem Parteibureau in Empfang genommen werden.

S. P. D. 2. Bezirk (Rechtstadt).
Donnerstag, den 27. April, abends 7 Uhr, in der Handels- und Gewerbeschule, An der großen Mühle, Zimmer Nr. 6, Generalversammlung. Vortrag des Abg. Genossen Klossowski über Wirtschaftspolitische Fragen.

SPD., 3. Bezirk (Neufahrwasser).
Mittwoch, den 26., abends 7 Uhr im Lokal „Zum Leuchtturm": Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Gen. Abg. Nagrotzki: „Die Teuerung und ihre Ursachen".

SPD., Westlich Neufähr-Krakau.
Mittwoch, den 26., abends 7 Uhr, im Lokal Krause: Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Gen. Weiglein: „Die Teuerung und ihre Ursachen".

Verein Arbeiter-Jugend Danzig.
Mittwoch, den 26. April, abends 7 Uhr: Vortrag des Gen. Walter Josef: „Die gewerkschaftliche Jugendbewegung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Mittwoch, den 26., abends 6½ Uhr, Staatsarbeiterversammlung bei Müller, Niedere Seigen Nr. 8.
Donnerstag, den 27., nachm. 2½ Uhr, bei Müller, Niedere Seigen 8, Betriebsversammlung Wasserwerk.

Graphischer Hilfsarbeiter-Verband.
Donnerstag, den 27. d. Mts., abends 5.30 Uhr: Mitgliederversammlung in der Hilfsschule Heilige Geistgasse Nr. 111.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.
Freitag, den 28. April, abends 6 Uhr, Bäckergesellenversammlung in der Maurerherberge, Schüsseldamm 28.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Heizungsmonteure. Freitag, den 28., abends 5 Uhr, Maurerherberge, kleiner Saal: Branchenversammlung. Bericht der Lohnkommission.

Klempner. Freitag, den 28., abends 7 Uhr, Maurerherberge, kleiner Saal: Branchenversammlung. Bericht der Lohnkommission.

Elektriker. Sonnabend, den 29., abds. ½7 Uhr, Maurerherberge: Branchenversammlung.

3. **Bezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.** Mittwoch, den 26., abends 7 Uhr in der „Ostbahn", Ohra: Bezirksvorstandssitzung. Das Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingt notwendig.

Danziger Nachrichten.

Endlich!

Ernährungsverhandlungen des Senats mit Polen.

Nachdem vom Senat seit Wochen gefordert worden ist, endlich Schritte zu unternehmen, um die über den Freistaat zum größten Teil infolge der Aufhebung der Wirtschaftsgrenze nach Polen hereingebrochene Teuerungswelle zu bannen, hat er nunmehr an den diplomatischen Vertreter der polnischen Republik das Ersuchen gerichtet, in Verhandlungen einzutreten, um die Ausfuhr von Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfes nach Polen zu unterbinden und die Einfuhr von Lebensmitteln aus Polen nach Danzig sicherzustellen. Die sozialistischen Parteien und auch eine Reihe bürgerlicher Volkstagsabgeordneter sind bekanntlich der Ansicht, daß der Senat durchaus selbständig die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung Danzigs treffen kann. Wenn der Senat dazu nicht den Mut gefunden hat, sondern sogar Wochen brauchte, um wenigstens Verhandlungen mit Polen einzuleiten, so darf hoffentlich ein recht baldiges Verhandlungsergebnis erwartet werden. Die polnische Regierung wird einsehen müssen, daß sich die Bevölkerung nicht infolge papierener Bestimmungen zugrunde richten lassen kann.

Ueber diese Verhandlungen mit Polen hinaus hat der Senat dann aber auch die Pflicht, auf dem Danziger Lebensmittelmarkte für Ordnung zu sorgen. Denn daß es mit den wucherischen Preisforderungen der Produzenten und Händler so weiter geht, wird die übergroße Mehrheit der Bevölkerung nicht dulden können.

Mit dem Antrag auf Verhandlungen hat der Senat bei der polnischen Regierung den Antrag gestellt, für Waren des täglichen Bedarfs den bestehenden Zolltarif bis Ende dieses Jahres außer Kraft zu setzen. Dieser Antrag entspringt den unhaltbaren Verhältnissen, die auch auf dem übrigen Warenmarkte herrschen. Er hat natürlich nur dann Wert, wenn der Danziger Bevölkerung auch die zollermäßigten und zollfreien Waren zugute kommen und sie nicht abwandern oder die Preisberechnungen auf Grund des vollen Zollsatzes erfolgen, wie es teilweise bereits jetzt der Fall ist. Nach dieser Richtung sind die bisherigen Maßnahmen des Senats noch vollkommen ungenügend.

Die Beisitzer des Mietseinigungsamtes

wurden in der gestrigen Stadtverordnetensitzung neugewählt und ihre Zahl von 30 auf 90 erhöht. Aus den Kreisen der Vermieter wurden wiedergewählt: Kaufmann Scheller, Maurermeister Joh. Jaschkowski, Kaufmann Max Gutzke, Kaufmann Paul Heyn, Kaufmann Karl Steinbrück, Maurermeister Albert Falk, Malermeister Felix Gelz, Maurermeister C. Wiebe, Schlossermeister F. Klekacz. Neugewählt wurden: Kaufmann Hermann Dinklage, Oberpostsekretär Paul Grunau, Rentier Artur Eisenstädt, Kaufmann Julius Gerson, Glasermeister Otto Wockenfoth, Rentier Hermann Schulz, Justizwachtmeister Perkowski, Konditor Johann Maire, Friseur-Obermeister Max Bronitzki, Fräulein Ella Fuhrmann, Oberpostsekretär Paul Hoffmann, Maler-Obermeister v. Breczinski, Bäckermeister Gentsch, Abg. Julius Gehl, Maler Ernst Engler, Arbeiter Karl Asmuß, Frau Frida Block, Tischler Beuster, Kaufmann Otto Woelk, Eigentümer Wilhelm Stahl, Kaufmann Kupitz, Malermeister Alb. Baranowski, Tischler Wohler, Bankdirektor Janicki.

Aus dem Kreise der Mieter wurden wiedergewählt: Abg. Walter Neek, Schneidermeister Gottfried Maaser, Buchhändler Gustav Lapöhn, Monteur Hermann Heinrich, Walter Raehse, Isaack Wiens, Benno Königsmann, Hermann Preuß, Karl Schellmann, Georg Reimann. Neugewählt wurden: Stadtv. Dr. Herrmann, Stadtv. Frau Richter, Magazinverwalter Emil Puskeppel, Schlosser Friedrich Mozuch, Stadtv. Frau Hintz, Rentier Julius Schmidt, Stadtv. Frl. Marie Meyer, Schlosser Robert Stahl, Stadtsekretär a. D. H. Pahnke, Vollziehungsbeamter Karl Schnase, Expedient Anton Fooken, Angestellter Paul Plinski, Frau Amalie Bleich, Werkzeugmacher Albert Röbbeling, Kaufmann Oskar Prillwitz, Tischler Leo Klinger, Stadtv. A. Fietkau, Gerichtssekretär Schaldowski, Maurer Heinrich Lemke, Expedient Milewski, Gewerkschaftssekretär Aug. Dunst.

Die Maifeier der Afa. Der Allgemeine freie Angestelltenbund veranstaltet zur Maifeier im Café Derra, Karthäuser Straße, am Sonnabend, den 29. April, abends 7½ Uhr, einen künstlerischen Unterhaltungsabend. Das Programm ist sehr reichhaltig und besteht aus Konzertvorträgen, Darbietungen eines Zitherklubs und Vorträgen erster Kabarettkünstler. Der Eintrittspreis beträgt 4 Mark pro Person. Karten sind in der Afa-Geschäftsstelle, Heveliusplatz 1—2, Zimmer 44a zu haben.

Ueber die Beschäftigung Schwerkriegsbeschädigter war dem Senat im Volkstag eine kleine Anfrage gestellt worden. Dieser teilt jetzt mit, daß zurzeit 60 Schwerkriegsbeschädigte arbeitslos sind, von denen wohnen 19 dauernd in Danzig und 41 sind während des Krieges zugezogen. Die 19 dauernd hier wohnhaften Schwerbeschädigten sollen demnächst bei der Danziger Werft und in Privatbetrieben untergebracht werden. Die Unterbringung der übrigen Schwerbeschädigten soll erst nach dem Inkrafttreten des Gesetzentwurfs über die Beschäftigung Schwerkriegsbeschädigter möglich sein. Der Gesetzentwurf ist inzwischen von der Justizabteilung überprüft worden und wird wahrscheinlich Ende d. Mts. an den Volkstag gelangen. In diesem Gesetzentwurf sind auch die Kündigungsvorschriften zugunsten der Schwerkriegsbeschädigten geregelt.

Aenderung der Schiedsmannsordnung. Nach der Schiedsmannsordnung kann der Schiedsmann gegen eine im Termin ohne vorherige Anzeige ausgebliebene Partei eine Geldstrafe von 50 Pfg. bis zu 1 Mk. festsetzen. Mit der Begründung, daß derartige niedrige Strafen unter den heutigen Verhältnissen wirkungslos seien und ihren Zweck verfehlen, beantragt der Senat die Erhöhung dieser Strafsätze auf 3 bis 10 Mark. Die Schreibgebühren der Schiedsmänner reichen zur Deckung der Kosten ebenfalls nicht aus und beantragt der Senat, auch diese zu erhöhen. Bisher wurden für den Schriftsatz 1,18 Mk. vergütet, für Schriftstücke von mehr als zwei Seiten für jede Seite 75 Pfg. mehr. Der erste Satz soll auf 3 Mark und die Entschädigung für jede weitere Seite auf 1,50 Mk. festgesetzt werden. Diese Heraufsetzung der Schreibgebühren entspricht den für die Gerichte, Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher festgelegten Sätzen.

Die neue Gehaltserhöhung der Beamten und Angestellten.

In Anlehnung an die Gehaltsregelung der deutschen Beamten am 1. April legte der Senat dem Volkstage einen Gesetzentwurf über die Neufestsetzung der Beamtengehälter vor. Die Gehälter in Gruppe 1—12 sind erhöht worden. Ferner ist die Kinderbeihilfe um 50 Mark monatlich heraufgesetzt und der allgemeine Ausgleichszuschlag auf 30 Prozent festgesetzt worden. Der weitere Ausgleichszuschlag auf die ersten 10 000 Mark des Diensteinkommens ist auf 30 Prozent (gleich 3000 Mark) erhöht worden. Den verheirateten Beamten soll eine besondere Frauenbeihilfe gewährt werden, die bis auf weiteres einheitlich 2500 Mark betragen soll.

Die Kosten dieser Vorlage betragen: für die unmittelbaren Staatsbeamten rund 74 Mill. Mark; für die Angestellten bei Freistaatbehörden rund 16 Mill. Mark, zusammen 90 Mill. Mark.

Erhöhung der Holzarbeiterlöhne.

Auf Grund des Tarifvertrages (§ 74) erhöhen sich die Löhne für die Holzarbeiter ab 28. April um 38 Prozent und beträgt somit der tarifliche Durchschnittslohn für Tischler usw. 18 Mark pro Stunde. Der Zuschlag für Ueberstunden 3,25 Mark, der Zuschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit 6,90 Mark.

Die Gehaltsregelung im Handelsgewerbe. Der Bund der Arbeitgeberverbände im Handelsgewerbe hat die Forderung der beteiligten Gewerkschaften auf Annahme einer Klausel, nach der nach dem jeweiligen Stand der Indexziffer eine Wirtschaftsbeihilfe gezahlt wird, abgelehnt. Die Arbeitgeber sind bereit, für den Monat April einen Abschluß zu tätigen, der eine Gehaltsgrundlage von 1000—2150 Mk. vorsieht, wozu für Verheiratete eine Zulage von 400 Mark tritt. Die Forderung der Gewerkschaften wollen die Arbeitgeber nur dann anerkennen, wenn die Gehaltsfestsetzung für April bis Juni erfolgt. Diese langfristige Bindung lehnen die Angestellten ab. Eine am 25. d. Mts. stattgefundene, zahlreich besuchte Fachgruppenversammlung der Fachgruppe Groß- und Kleinhandel des Z. d. A. hat von dem ablehnenden Bescheid der Arbeitgeber Kenntnis genommen und ist bereit, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln ihrer gerechten Forderung Nachdruck zu verleihen.

Lohnbewegungen. Die Hafenarbeiter haben den zurzeit bestehenden Lohntarif, nach dem der Tageslohn 160 Mark beträgt, gekündigt. Die neuen Forderungen der Hafenarbeiter betragen 275 Mk. Auch die Weichselholzarbeiter verlangen eine Erhöhung ihrer Löhne um 75 Prozent des bisherigen Tarifes.

Ein Kinderspielplatz in Altschottland ist gegenüber der katholischen Kirche angelegt worden. Für die Kleinsten ist bereits ein Haufen Sand angefahren. Zurzeit ist man dabei beschäftigt, unter den alten schattigen Bäumen eine Anzahl Bänke aufzustellen.

Pferdeschmuggel. Zwei Maurer, Emil und Johannes B., in Zoppot kauften von den Brüdern D. in Rheda ein Pferd. Das Pferd sollte unbemerkt in den Freistaat eingebracht werden. Es wurde mit einem anderen Pferde vor den Wagen gespannt, der über die Grenze nach Zoppot fuhr. Zurück wollte man dann mit einem Pferde fahren. In Zoppot wurde man wegen des Kaufpreises jedoch uneinig, und D. wollte das Pferd wieder zurücknehmen. B. benachrichtigte nun aber die Grenzwache, und bei der Rückfahrt wurde das Fuhrwerk angehalten. Das Schöffengericht in Zoppot verurteilte nun wegen unerlaubter Ein- und Ausfuhr eines Pferdes die Brüder D. zu je 500 Mark und die Brüder B. zu je 3000 Mark Geldstrafe. Die Brüder B. legten Berufung ein, weil ihnen die Strafe zu hoch, und der Amtsanwalt, weil ihm die Strafe zu niedrig war. Die Angeklagten wollen nicht gewußt haben, daß ein Einfuhrverbot bestand. Das Prüfungsgericht glaubte an diese Entschuldigung nicht und verwarf die beiderseitige Berufung.

Neue Servisbezeichnung. Die Grundstücke Zigankenberg, Blatt 481, 471 und 470 haben die Numerierung: Ostseestraße 7 bzw. 11 bzw. 15 erhalten.

Aus Taschendiebstählen herrührend sind mehrere Handtaschen von der Kriminalpolizei beschlagnahmt worden. Interessenten können sich im Polizeipräsidium, Zimmer 36, melden.

Als Leiche aus der Weichsel gezogen wurde bei Heubude der Polizei-Reviervorsteher Schiemann, der seit Freitag abend noch im Volkmannschen Lokale gewesen und ist auf dem Heimwege in der Dunkelheit anscheinend ins Wasser gestürzt und ertrunken.

Der dramatische Zirkel der Dresdener Studenten schließt seine Gastspielreise durch den Freistaat mit einer literarischen Morgenfeier am Freitag, den 28. April, vorm. 11 Uhr, in der Gewerbehalle und mit einer Abschiedsvorstellung mit großem Programm am Sonnabend, den 29. April, abends 7 Uhr, im Deutschen Kasino, Hochstrieß. Es ist somit der Danziger Bevölkerung noch einmal Gelegenheit zum Besuch dieser genußreichen Darbietungen geboten. Auch auf dem Lande haben die Dresdener vielerorts starken Beifall gefunden.

Der Internationale Artistenverband „Sicher wie Jold" veranstaltet am Sonnabend, den 6. Mai, abends 8 Uhr, im Wilhelmtheater einen humoristischen Familien-Jolbjungen-Abend. Ein vorzügliches Varietéprogramm mit einer kleinen Gesangsposse und die Schupokapelle werden die Besucher aufs beste unterhalten; anschließend Frühlingsball mit Belustigungen aller Art. Das Fest ist zum Besten der Banner- und Delegiertenkasse der Sektion veranstaltet und ein etwaiger Ueberschuß wird dem Verein der Ferienkolonien sowie den erholungsbedürftigen armen Schulkindern zugute kommen. Vorverkauf bei Gebr. Freymann, Kohlenmarkt.

Wie man 60 000 Menschen das Leben rettete.

Die Zeitschrift „Der Naturarzt" schreibt: Der berühmte dänische Ernährungshygieniker Dr. Hindhede sagte in einem Vortrag in der Kolonie Eden bei Berlin über die Frage: Wie hat es Dänemark gemacht, um durch die Nahrungsnot des Krieges zu kommen? u. a. folgendes: Mit dem Eintritt der vollständigen Blockade im Februar 1917 kam auch Dänemark in eine sehr bedenkliche Lage. Ein Sachverständigenausschuß, dem Dr. Hindhede angehörte, schlug der Regierung Verhinderung des Alkoholgenusses und Ernährung in erster Linie mit Pflanzenstoffen und Milch vor. Gerste und Kartoffeln hatten wir 1917 noch genug geerntet, wenn wir keinen Mißbrauch trieben, d. h. diese so wertvollen Nahrungsmittel nicht für die Fütterung der Schweine und Herstellung geistiger Getränke verbrauchten. Die Regierung verhinderte denn auch den Mißbrauch, indem sie die Schweinehaltung auf ein Fünftel einschränkte, die Erzeugung von Branntwein verbot und die Biererzeugung auf die Hälfte herabsetzte. Wie hat nun dieser „Notbehelf" gewirkt? Ich berichte über das Jahr vom 1. Oktober 1917 bis 1. Oktober 1918. Der Branntweinverbrauch fiel von 9 auf 0,4 Liter pro Kopf und Jahr, der Bierverbrauch von 88 auf 21 Liter, die Zahl der Verhaftungen ging auf ein Fünftel zurück, der Säuferwahnsinn verschwand und es sanken in Kopenhagen die Todesfälle von 60 auf 1 (auf je 100 000), die Zahl der tödlichen Unglücksfälle ging auf die Hälfte zurück, ebenso die Todesfälle an Lungenentzündungen und Gehirnkrankheiten. So haben wir in dem genannten Jahre 60 000 Menschen das Leben gerettet, indem wir mehr Kartoffeln und Gerstengrütze als sonst aßen und Wasser dazu tranken; und ½ Milliarde Kronen haben wir auch noch gespart. Was Dänemark auf diesem Lebensgebiet einwandfrei festgestellt hat, läßt sich am besten in diesen Satz fassen: „Beherrsche die Alkoholerzeugung und du beherrschst in weitgehendem Maße den Tod."

Polizeibericht vom 26. April 1922. Festgenommen: 22 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 8 wegen Verdachts des Diebstahls, 7 in Polizeihaft. Obdachlos: 3 Personen. — Gefunden: 1 Kuvert mit Papieren für Julius Kaltenbach aus Kladau, 2 kleine Schlüssel am Bande, 1 Vorhängeschloß abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums, 1 schwarzer Herrenschirm mit Elfenbeinkrücke, abzuholen von Frl. Ella Wedekindt, Ketterhagergasse 9, 3 Tr. 1 brauner Jagdhund mit Halsband ohne Marke, abzuholen von Herrn Max Schulz, Kl. Gasse 6a. — Verloren: 1 braunes Portemonnaie mit zirka 30 Mark und einigen Zetteln, 1 goldene Brosche mit einem Saphir, 1 bunter Perlenpompadour mit verschiedenem Inhalt, abzugeben im Fundbureau des Polizeipräsidiums.

Ohra. Der hiesige Sozialdemokratische Verein veranstaltet am 30. April, 4 Uhr nachmittags im Lokale Zur Ostbahn seine diesjährige Maifeier. Neben dem Festvortrag des Genossen Brill finden Konzert, turnerische und gesangliche Vorführungen, Kinderbelustigungen und Tanz statt. Die erwerbslosen Parteigenossen haben freien Eintritt und müssen bis zum 29. ihre Eintrittskarte vom Genossen Beyer, Ostbahn 7, 1 Treppe, abgeholt haben. Die Karten zur Kinderbelustigung werden an der Kasse am Festtage verausgabt. Am Montag, den 1. Mai, sammeln sich die hiesigen Parteigenossen auf dem Karrenwall in Danzig um 2 Uhr zum Umzuge.

Oliva. Kartoffelverkauf. Die Gemeindeverwaltung beabsichtigt, einige Waggons Kartoffeln ab Bahnhof zum Selbstkostenpreis zu verkaufen. Die Kartoffeln treffen in den nächsten Tagen hier ein. Näheres wird am Tage des Eintreffens der Kartoffeln an der Tafel am Markt und in den Aushängekästen bekanntgegeben.

Standesamt vom 26. April 1922.

Todesfälle: Frau Berta Preuß geb. Goezke, 72 J. 5 M. — Arbeiter Friedrich Zuppke, 57 J. 8 M. — Frau Martha Siede geb. Meyer, 63 J. 10 M. — T. d. Schlossers Karl Meyer, 7 M. — Dienstmädchen Emilie Brosinski, 35 J. — Kutscher Otto Dollas, 51 J. 5 M. — S. d. Mauers Karl Fuß, 4 J. 10 M. — Wächter Karl Gaedtke, 63 J. 2 M. — Witwe Emilie Hübner geb. Tokarski, 57 J. 4 M. — Maler Artur Bethke, fast 43 J.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	7,06	am Vortage	6,43
Amer. Dollar .:	272	„ „	247
Englisches Pfund:	1260	„ „	1100

Letzte Nachrichten.

Prügelei im Berliner Stadtparlament.

Die Stadtverordnetenversammlung hat einen Antrag der drei sozialistischen Fraktionen, den 1. Mai in den städtischen Betrieben als Feiertag gelten zu lassen, mit 106 gegen 102 Stimmen abgelehnt. Bei der Beratung der Magistratsvorlage über Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter und Erhöhung der Werktarife kam es in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zu einer großen Schlägerei. Nach einer viertelstündigen ungeheuren Aufregung im Saale gelang es schließlich dem Stadtverordnetenvorsteher, die Ruhe wieder herzustellen.

Rüstet zur Maifeier!

Tschit-Tschit-Tschitscherin.

(Kuharia.)

Ja, ganz Europa wundert sich nicht wenig,
Der Tschitscherin begrüßt Italiens König.
In Lack und Frack, pro Zoll ein Diplomat,
Legt er die Hände an die Hosennaht.
Doch dann, beseelt vom Untertanendrange,
Empfängt gerührt er den Monarchenschmatz,
Nach Etikette auf der rechten Wange.
Der Re umarmt ihn und seufzt küssend: „Schatz . . .“

Mein Tschit-Tschit-Tschitscherin,
Das glitscht wie Glyzerin,
Du kleiner Bolschewik,
Du bist mein Glück.

Die freundliche Verschmelzung der Extreme
Beseitigt europäische Probleme.
Was in der Sonne Genuas begann,
Wirkt wie ein Umsturz: alle treten an.
Schon sehen Stinnes wir die Lippen spitzen,
Krupp breitet sehnend seine Arme aus,
Hergt stellt sich schmachtend auf die Zehenspitzen,
Von Holland her seufzt's aus dem Doornschen Haus:

Mein Tschit-Tschit-Tschitscherin,
Ich schmelz zu Glyzerin,
Komm, kleiner Bolschewik,
Hilf mir zurück!

Mich. von Lindenhecken im „Vorwärts“.

Was Boxer verdienen.

„Börse“ nennt der Boxer den Kampfpreis eines Wettkampfes. Seinerzeit, als sich Champions noch um den Inhalt einer Geldkatze prügeln ließen, mag dies Wort volle Geltung gehabt haben. Heute, da Schecks mit sechsziffrigen Zahlen nicht mehr verblüffen, da Automobile als Nebenspende gerne gegeben und ohne viel Aufhebens angenommen werden, ist es wohl etwas veraltet. Man schlägt in besseren Boxkreisen nur mehr um runde Summen, und die ungeheure Anteilnahme des Publikums, dem Riesentarenen gebaut werden mußten, erlaubt solchen Aufwand. Die Mühe, die Wagner aufwenden mußte, um die Gelder für sein Bayreuther Festspielhaus zusammenzubringen, entlockt einem smarten Manager nur ein Lächeln. Kürzlich fand in Paris der Kampf Criqui-Leboux statt, und das Winterveldrom war gesteckt voll, die Einnahmen betrugen 400 000 Franken, von denen 90 000 auf Steuer abgingen, 75 000 Criqui als Sieger und 60 000 Leboux, der Unterlegene, erhielt. Diese Preise muten noch gering an, bedenkt man, daß diese Gagen, ins Englische übersetzt, für Criqui kaum 1500, für Leboux etwas über 1000 Pfund Sterling ergaben, während der Amerikaner Johny Buff, ein Mann aus der Kategorie Leboux, für seinen Match gegen Jimmy Wilde 8000 Pfund Sterling, das wären nach jetzigem Stande über 8 Millionen Mark, erhielt. Immerhin muß bemerkt werden, daß der Manager des größten kontinentalen Faustkampfes der Nachkriegszeit, des Matches Leboux-Criqui, ein Defizit von über 6000 Franken erlitt. Er scheint also kein sehr geschäftstüchtiger Mann gewesen zu sein.

BORG
für QUALITÄTS RAUCHER

Wasserstandsnachrichten am 26. April 1922.

	24. 4.	25. 4.	Kurzebrack	+2,22	+2,24
Zawichost	+1,54	+1,50	Montauerspitze	+1,77	+1,82
	24. 4.	25. 4.	Piechel	+1,83	+1,89
Warschau	+1,84	+1,80	Dirschau	+2,04	+2,14
	24. 4.	25. 4.	Einlage	+2,22	+2,24
Plock	+1,54	+1,47	Schiewenhorst	+2,30	+2,28
	25. 4.	26. 4.	Nogat:		
Thorn	+1,84	+1,74	Schönau O. P.	+6,68	+6,70
Fordon	+1,77	+1,70	Galgenberg O. P.	+4,61	+4,61
Culm	+1,68	+1,75	Neuhorsterbusch	+2,00	+2,13
Graudenz	+1,90	+1,89	Anwachs	+0 81	+0,79

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verdingung.

Die Maurer- und Zimmerarbeiten für die Bauten am Brösener Weg sollen öffentlich vergeben werden.

Angebote sind gegen Erstattung der Schreibgebühren im Hochbauamt 2, Langfuhr, Telegraphenkaserne, erhältlich.

Der Termin findet nicht am 1. Mai statt, sondern ist auf Sonnabend, den 6. Mai, verlegt.

Hochbauamt 2. (6498

Verdingung.

Die Erd- u. Maurerarbeiten für 2 Wohnungs-Neubauten am Königstaler Weg, Langfuhr, sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Bedingungen sind im Hochbauamt 2, Langfuhr, Telegraphenkaserne, gegen Erstattung der Schreibgebühren erhältlich.

Termin am 8. Mai 1922, vormittags 10 Uhr

Hochbauamt 2. (6497

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Mittwoch, den 26. April, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 1.

Alles um Geld

Ein Stück in 5 Aufzügen von Herbert Eulenberg In Szene gesetzt von Oberspielleiter Hermann Merz. Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1. „Martha“. Oper. (Lady Harriet Durham: Frau Mara Tautz-Friedfeld, vom Landestheater in Wiesbaden als Gast auf Engagement.

Freitag, abends 6 Uhr. Dauerkarten E 1. „Die Walküre“. Handlung in 3 Aufzügen.

Sonnabend, abends 6½ Uhr. Dauerkarten A 2. Ermäßigte Preise. „Die Räuber“.

Sonntag, vorm. 11 Uhr: 16. (literarische) Morgenfeier: Friedrich Ehrhard: „Dante“.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Die Dollarprinzessin.“

Wilhelm-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann

Heute, Mittwoch, den 26. April, abends 7½ Uhr

Kassenöffnung 6 Uhr

„3 alte Schachteln“

Freitag, den 28. April,

„3 alte Schachteln“

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (6195

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Zahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.

Institut für Zahnleidende

Telef. 2621 Pfefferstadt 71 I Telef. 2621

Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

Linden-Kabarett

Altstädt. Graben 93 Direktion: Gust. Rasch Telephon 2908

Das erstklassige April-Programm!

Lotte Robel, Soubrette und Vortragskünstlerin — Ria Stahl, Opern-Sängerin

Hermann Heidt, Komiker — Wilma Fischer-Malten, Vortragskünstlerin

Harry Cobier, Tanz-Grotesken und Conferencier

Prolongiert: 8 Herren **Kapelle J. Chasman** von der großen Oper aus Kiew 8 Herren

Das Tagesgespräch Danzigs. (6369

Lichtbild-Theater

Apollo

III. Damm 8. (6496

Spielplan vom 26. bis 28. April 1922

Götzendämmerung!

Ihr letztes Opfer.

Drama aus 2 Welten. — In der Hauptrolle: Manja Tzatschewa

6 äußerst spannende Akte.

Der König der Kraft

1. Teil: Fürstliche Vampyre.

Sensationsdrama in 5 Akten.

Empfehle mein

Zigarren-Geschäft

in (6471

Zigarren, Zigaretten

Kau-, Rauch- und Schnupftabak

zu billigsten Tagespreisen

Bitte um w. Unterstützung

E. Balda

Matzkausche Gasse 5a Ecke Hundegasse.

Telefon 2521.

Volksfürsorge,

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

— Sterbekasse. —

Kein Polizeiverfall.

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.

Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt, Maltenbuden 35.

Erfolg sicher durch Gassner's Hühneraugen-Pasta

Waldemar Gassner Danzig Altstädtischer Graben 90

Schwanen-Drogerie.

Hängelampe,

kl. Tischlampe, Obstschale, Fleischmaschine und and. mehr zu verkf. Kl. Hosennäher-Gasse 11, 2 Tr. (†

Haus

(Nähe Hopfengasse) das sich zu Bürozwecken eignet zu kaufen gesucht. Angebote unter 1001 an die Exped. dieser Zeitung. (†

Danzig, Heumarkt

Circus Straßburger

Ein Circus im wahrsten Sinne des Wortes!

Der Straßburger-Spielplan wird überall als ein „Rekord-Spiel“ bezeichnet!

Prunkvolle Eröffnung:

Mittwoch, den 3. Mai 1922, abends 7½ Uhr

6493

Maifeier 1922

Die Sozialdemokratische Partei der Stadt Danzig veranstaltet am **Sonntag, den 30. April, nachmittags 3 Uhr** in den gesamten Räumen des Friedrich Wilhelm-Schützenhauses (Promenade) eine

große künstlerische Feier

unter Mitwirkung erster Kräfte des Stadttheaters, des Stadttheater-Orchesters, des Buchdrucker-Gesangvereins, der Arbeiter-Jugend u. a. Kräften. Nach Beendigung des künstl. Teils in allen Sälen

GROSSER FESTBALL

Im Roten- und im Adlersaal und Nebenräumen von 4 Uhr ab

Unterhaltungs-Konzert

Glücksrad, Verlosungen und anderes

Am Montag, den 1. Mai, nachmittags

Demonstrationszug durch die Stadt nach Schidlitz

(Näheres wird durch den Allgem. Gewerkschaftsbund bekanntgegeben)

Von 7 Uhr abends an, in den Lokalen Steppuhn und Draskowski (Friedrichshain)

Geselliges Beisammensein

PREIS DER FESTKARTE 4.— MARK

Wir rufen alle Parteianhänger auf, sich zahlreich an den Veranstaltungen zu beteiligen

Die Karten sind zu haben: Bei den Parteivertrauensleuten, in den Verkaufsstellen der Volksstimme und im Parteibüro 4. Damm 7 III.

An den Kassen Karten nur an Mitglieder und durch diese eingeführte Gäste. (6459

Hansa

Spezialfabrik für einfache und elegante Möbel

Verkaufsstelle Breitgasse 53

Telefon 1895 (6261

Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3

neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.

Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren

Anfertigung eleg. Herrengarderobe nach Maß

Damen-Kostüme und Mäntel.

Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen.

(6090

Brennholz

geschnitten und gespalten, meter- und kiepenweise gibt ab zu billigsten Tagespreisen (6485

A. Schmidtke, Schichaugasse 6.

Tücht. Bauschlosser

stellt ein (6487

B. Blank,

Langfuhr, Mirchauer Weg 44.

Stroh- Panama- Velour- Filz- **Hüte**

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit

umgepreßt,

gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6—7. (gegenüber der Markthalle). (6